

Von RETTERN und REBELLEN

Ein Blick hinter die Kulissen
unserer Demokratie



mit einem
Vorwort von
Thilo Sarrazin

FBV

Klaus-Peter Willsch

Klaus-Peter Willsch
Christian Raap

Von Rettern und Rebellen

Von
RETTERN und
REBELLEN

Ein Blick hinter die Kulissen
unserer Demokratie

FBV

Klaus-Peter Willsch

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:

info@finanzbuchverlag.de

4. Auflage 2016

© 2015 by FinanzBuch Verlag
ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH,
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Werner Wahls
Korrekturat: Veit Ladstetter
Umschlaggestaltung: Torsten Wolber, wolber illustration
Umschlagbearbeitung: Laura Osswald, München
Satz: Daniel Förster, Belgern
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-89879-926-3
ISBN E-Book (PDF) 978-3-86248-765-3
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-86248-766-0

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.finanzbuchverlag.de

INHALT

Vorwort von Thilo Sarrazin.....	9
Der Tabubruch.....	13
Der Rettungsschirm steht – Bundespräsident Köhler geht.....	49
Der Berliner Club.....	61
Ansteckungsgefahr gebannt? Irland, willkommen unterm Schirm!	68
Stein um Stein, und jetzt Portugal.....	73
Griechenland, die Zweite.....	78
Rederecht erkämpft.....	87
IWF – ein Retter ächzt.....	109
Das Problem mit den TARGET2-Salden.....	113
Griechenland und der USB-Stick in der Schublade.....	120
Die Maulkorb-Affäre.....	128
Das Ringen um die Privatsektorbeteiligung.....	137
Der Fiskalvertrag.....	146
Die Allianz gegen den ESM.....	157
Spanien – 100 Milliarden ohne Programm.....	165
Konjunkturreinbruch in Portugal und Griechenland, die Dritte.....	171
Systemrelevant ist alles: Zypern.....	175
Der »Schatten-ESM«.....	186
Bundestagswahl 2013.....	198
Das Imperium schlägt zurück.....	204
Whatever it takes.....	211
Geldhahn auf für Europas Banken.....	217

Ein neuer Marshallplan?	221
Bilanz der Euro-Rettungspolitik	237
Epilog: Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter	245
Anmerkungen	249
Anlagen	269
Anlage 1	270
Anlage 2	273
Anlage 3	277
Anlage 4	281
Namentliche Abstimmungen zur Bailout-Politik	285
Danksagungen	286
Über die Autoren	288

Klaus-Peter Willsch widmet dieses Buch seiner Frau Annette, seinen Kindern Klara, Anna, Fabian, Johannes und Sebastian sowie seinen Eltern Josef und Lina, die ihn gelehrt haben, eine gerade Furche zu ziehen.

Christian Raap widmet dieses Buch Tatiana & Katharina.

VORWORT VON THILO SARRAZIN

Meine persönliche Geschichte zum Euro begann im Sommer 1989 in Bonn. Damals leitete ich im Bundesfinanzministerium das Referat »Nationale Währungsfragen«. Der Delors-Bericht¹ über die Möglichkeiten einer Europäischen Währungsunion lag seit einigen Monaten vor. Im Hause und zwischen den Ressorts diskutierten wir heftig darüber. Nur im Auswärtigen Amt sah man das Projekt positiv. Sonst aber kannte ich kaum jemanden, der das Projekt nicht für riskant und illusionär hielt. Zunächst aber beanspruchte nach dem Fall der Mauer die Deutsche Währungsunion meine ganze Kraft. Das war ein elementar politisches Projekt als Vorstufe zur Deutschen Einheit und würde, wie ich auch gegenüber meinen Vorgesetzten nicht verhehlte, einen erheblichen Transferbedarf nach Ostdeutschland (damals noch die DDR) auslösen. Ich war trotzdem dafür. Nach Vollendung der Deutschen Währungsunion kümmerte ich mich um die dem Bund neu zugewachsene Treuhandanstalt und ging schließlich im Sommer 1991 als Finanzstaatssekretär nach Mainz.

Die Entstehung des Maastricht-Vertrages und die weiteren Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion betrachtete ich aus der Ferne als interessierter Zuschauer. Ich war gespalten: Eigentlich konnte es kaum funktionieren, aber wenn doch, war es faszinierend. Im Sommer 1996 beschäftigte ich mich intensiv mit den Vertragsgrundlagen und ökonomischen Rahmenbedingungen und schrieb ein Buch zum Euro.² Resümee: Es könnte funktionieren, wenn man (1) den No-Bailout-Grundsatz³ und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch die Europäische Notenbank strikt beachtet und (2) die Arbeits- und Gütermärkte durch ordnungspolitische Reformen ausreichend flexibel gestaltet.

Beim letzteren Punkt war ich skeptisch und sah Arbeitslosigkeit sowie Wachstumsverluste für jene Länder voraus, die sich den Gesetzmäßig-

keiten einer gemeinsamen Währung nicht beugten. Umso wichtiger waren die ersten beiden Bedingungen, die Deutschland in solch einem Falle schützen würden. Die Verträge und der ergänzende Stabilitätspakt schienen mir in diesem Punkt ausreichend klar formuliert. Dass Deutschland jemals die Missachtung dieser beiden zentralen Sicherungsklauseln des Maastricht-Vertrages zulassen würde, kam mir nicht in den Sinn. Schon ein entsprechender Verdacht wäre mir damals absurd erschienen.

Wie wir wissen, kam es anders. Im Mai 2010 begruben die Staats- und Regierungschefs mit dem ersten Griechenland-Paket und dem ersten Rettungsschirm das No-Bailout-Prinzip und gleichzeitig erschütterte die EZB mit dem ersten Ankaufprogramm für Staatsanleihen von Krisenländern das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Bundesbankpräsident Axel Weber, gegen dessen Votum die Entscheidung im EZB-Rat gefallen war, rang noch einen Tag später erkennbar um Fassung, als er darüber im Bundesbank-Vorstand berichtete. Für ihn war offenbar eine Welt eingestürzt. Ich teilte seine Gefühle, hatte jedoch die Erfahrung gemacht, dass ökonomische Fachfragen von Werturteilen und politischen Entscheidungen selten sauber zu trennen sind. Deshalb besaß ich ein gewisses Grundverständnis für fachliche Positionen und politische Entscheidungen, die ich für sachlich falsch hielt.

Der eigentliche Schock war für mich die Ungeruhrtheit, mit der der eklatante Vertrags- und Gesetzesbruch begangen wurde. Weniger, dass Griechen, Italiener und Franzosen das so wollten (dagegen wollte man sich ja gerade durch die rigide Vertragsgestaltung absichern), sondern dass die deutsche Politik das nicht nur mittrug, sondern geradezu aktiv förderte. Dieser Schock, der mir 2010 im immerhin vorgerückten Alter von 65 Jahren zustie, hat mein Staatsvertrauen und den darauf gründenden Teil meines Weltbildes nachhaltig erschüttert. Meine Sozialisation ist die eines staatsglaubigen deutschen Ministerialbeamten. Im Alter von 29 Jahren war ich ins Bundesfinanzministerium eingetreten und hatte seitdem viel Unfug und eine Menge politischer Fehlentscheidungen erlebt. Das ist normal und gehört zur politischen Wirklichkeit. Dieser eklatante Rechtsbruch aber stößt in andere Dimensionen vor. Wenn man so anfängt, ist im Staat nichts mehr sicher, sobald die Politiker sich

darüber einig sind. Und mit diesem nagenden Gefühl lebe ich seit 2010. Ich bemerke, wie es schleichend mein Weltbild infiziert und meine Einstellung zum Staat ändert. *Der Begriff der Gewaltenteilung bekommt für mich eine ganz neue, elementare Bedeutung: Auch die Gewaltenteilung hilft nämlich nicht, wenn sich die Gewalten beim Rechtsbruch einig sind.* Rechtsanwendung als angewandter Opportunismus. Darüber könnte man glatt zum Anarchisten werden. Dafür bin ich natürlich zu alt. Aber das Prestige der Staatsgewalt hat bei mir stark gelitten. Wo das Gesetz gebrochen wird, fehlt der Gewalt die Legitimität, und dann ist grundsätzlich alles möglich. (Stark zugespitzt könnte man fragen: Wieso musste Ulli Hoenes eigentlich ins Gefängnis, wenn Gesetzesbrecher an höchsten Stellen mit staatlichem Lorbeer bekrönt werden?)

Natürlich haben die Gründe der eingetretenen Entwicklung mich auch in der Sache beschäftigt, und ich habe meinen eigenen Grundirrtum erkannt: Solange wir keine Edelmetall- oder anderweitige Warenwährung haben, die dem staatlichen Zugriff vollständig entzogen ist, ist Geld immer ein staatliches und damit politisches Produkt, dessen Entstehung und Verbreitung mit der Staatsverfassung und den staatlichen Finanzen untrennbar verbunden ist. Wer Kreditgeld schafft, schafft auch Staatskredit. Der Versuch, beides zu trennen, ist künstlich und zum Scheitern verurteilt. Darum wird eine EZB, die in Ausübung ihrer Unabhängigkeit monetäre Staatsfinanzierung betreibt, zum Staat im Staate. Und darum glaubt die griechische Regierung nicht ganz zu Unrecht, dass zum Wesen der griechischen Staatlichkeit auch der mehr oder weniger ungehinderte Zugriff auf Notenbankkredite gehört.

Auch die nach dem Zweiten Weltkrieg getroffene deutsche Entscheidung, die Währung durch die gesetzliche Unabhängigkeit der Bundesbank zu entpolitisieren, war eine elementar politische Entscheidung, und sie trug auch nur so lange wie der dahinter stehende Wille der Politik. Der deutsche Grundirrtum bei der Aushandlung und dem Abschluss des Maastricht-Vertrages war, dass man politikfernes Geld vertraglich vereinbaren könne. Als sich zeigte, dass das unmöglich ist, erschien der krasse Rechtsbruch als das politisch kleinere Übel. Man wird sehen, wohin das führt. Das Schiff der Europäischen Währungsunion segelt unter uneinigen Steuermännern in unbekannte Gewässer.

Dies alles zu diskutieren, ist für die Politik äußerst lästig. Es ist übrigens auch geistig sehr anstrengend. Geld- und Währungspolitik sind fachlich äußerst anspruchsvoll, und kaum je kommt etwas wirklich Sicheres dabei heraus. Seit meiner ersten Übungsarbeit über Diskontpolitik vor 48 Jahren an der Universität Bonn habe ich meine eigenen Meinungen und Einschätzungen immer wieder geändert und höre nicht auf zu lernen. Ich kann es keinem Abgeordneten übel nehmen, wenn er sich da heraushält und einfach den Entscheidungsvorlagen vertraut, die ihm die jeweilige Regierung liefert.

Man muss allerdings kein Währungsexperte sein, um einen Rechtsbruch zu erkennen. Dazu reichen die Fähigkeit, einen eindeutigen Gesetzestext verständlich zu lesen, und ein gesunder Menschenverstand. Zutiefst empörend und geradezu unheimlich ist es, wenn jene politisch abgestraft werden, die einen Rechtsbruch klar benennen und ihr Abstimmungsverhalten als Parlamentarier entsprechend ausrichten. Darum habe ich gerne zugesagt, ein Vorwort zu schreiben, als Klaus-Peter Willsch bei mir anfragte.

Anmerkungen

- 1 Bericht zur Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (1988/89), der zur Grundlage für den Vertrag von Maastricht wurde. Von 1985 bis 1995 war Jacques Delors Präsident der EG/EU-Kommission.
- 2 Thilo Sarrazin, *Der Euro, Chance oder Abenteuer*, Bonn 1997.
- 3 Nichtbeistands-Klausel. Schließt die Haftung der Europäischen Union sowie aller Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten aus.

DER TABUBRUCH

Als ein Kind des Jahrganges 1961 habe ich auf dem Gymnasium in Englisch natürlich Georg Orwells *Animal Farm* ebenso gelesen wie 1984. Das erste mit so großer Begeisterung, dass ich später als Kreisvorsitzender der Jungen Union Filmabende mit der hervorragenden Zeichentrickverfilmung veranstaltete. Welch bitter-schöne Allegorie auf die verkommenen Mechanismen totalitärer Machtergreifung und -ausübung! Mit 1984 hatte Orwell für mich vom Abiturjahrgang 1979/80 soweit neben der erlebten Wirklichkeit gelegen, dass ich es gedanklich der Kategorie versponnener linker Weltuntergangsutopien zuordnete. Erst 30 Jahre später musste ich wieder an die Reden Squealers denken, in denen weiß plötzlich schwarz wurde. Und aus den hinteren Windungen meines Großhirnes schien ein zentraler Begriff aus 1984 wieder auf: *Neusprech* verbreitete sich in Stellungnahmen und Berichten zu unserer Währungsunion und ihren Grundlagen in atemberaubender Geschwindigkeit, in allen Parteien, in Parlament und Regierung, in den Medien.

Dabei hatte alles so gut angefangen. Am 27. September 2009 wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Schon die erste Prognose um Punkt 18 Uhr zeigte, dass es diesmal für meine schwarz-gelbe Wunschkoalition reichen würde, und so wurde dies ein Abend sprühender Aufbruchstimmung. Nach der Bundestagswahl wurde ich zum Obmann befördert. Der Posten des stellvertretenden Sprechers für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss ist einflussreich und prestigeträchtig zugleich. Wer sich dort bewährt, gehört zum erweiterten Führungskader und kann sich für höhere Positionen in Stellung bringen.

Für mich als Haushaltspolitiker war 2009 kein Freudenjahr. Dass Deutschland verhältnismäßig gut durch die Finanzkrise gekommen war, freute mich natürlich. Die Konjunkturerholung war jedoch teuer erkaufte.

Die Schulden explodierten. Ich hatte schon im Frühjahr 2009 gegen das zweite Konjunkturpaket, das unter anderem die Abwrackprämie enthielt, gestimmt. Ich sah mich damals aber nicht als Quertreiber, sondern als ernsthafter Haushälter. Als »Hüterin der Verträge« empfahl die Europäische Kommission (KOM) am 11. November 2009 die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland.

Eine Woche nach uns Deutschen wählten die Griechen ein neues Parlament. Die bisher oppositionelle Pasok gewann mit absoluter Mehrheit. Die Freude der neuen sozialistischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Giorgos Papandreou währte nicht lange. Noch bevor man in Athen in gewohnter Manier seine Klientel mit Wahlgeschenken segnen konnte, musste der neue griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou zum Rapport nach Brüssel. Gegen Griechenland war bereits im April 2009 ein Defizitverfahren eingeleitet worden. Nun meldete Athen für das laufende Jahr eine Defizitquote von 3,7 Prozent nach Brüssel. Für 2010 wurden 5,1 Prozent veranschlagt. Der Papa macht das schon, wird man sich gedacht haben, als Papakonstantinou zum Vieraugengespräch beim damaligen EU-Währungskommissar Joaquin Almunia geladen wurde. Am 20. Oktober 2009 platzte dann die Bombe: Athen korrigierte das Defizit auf 12,7 Prozent. Die neue Pasok-Regierung gefiel sich zunächst in ihrer Rolle als Aufklärerin und machte der Vorgängerregierung unter Kostas Karamanlis von der konservativen Nea Dimokratia schwere Vorwürfe. Dass Griechenland gelegentlich mit gezinkten Karten spielte, war bekannt. Aber das Ausmaß an Betrug, mit dem der Eintritt in die Währungsunion erschlichen worden war und das nun nach und nach offenbar wurde, erschütterte selbst Hartgesottene.

Den Empfehlungen der Kommission zum Abbau des übermäßigen Defizits folgte die griechische Regierung nicht. Nüchtern stellten die Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Union auf dem ECOFIN (Rat Wirtschaft und Finanzen) im Dezember 2009 fest: »[Von] Griechenland wurden innerhalb der vorgegebenen Frist von sechs Monaten keine wirksamen Maßnahmen zum Abbau des Defizits ergriffen.«¹ Die EU-Kommission reagierte mit einer Inverzugsetzung, einer Verschärfung des Defizitverfahrens, auf die Untätigkeit der griechischen Regierung.

Am 16. Dezember 2009 musste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den 41 Mitgliedern des Haushaltsausschusses Rede und Antwort stehen. Schäuble erklärte uns, dass Deutschland eine große Verantwortung habe. Wenn wir uns nicht an die Maastricht-Kriterien hielten, würden sich die anderen auch nicht mehr daran gebunden sehen. Leider hielten sich die wenigsten Mitglieder der Währungsunion an die 1992 im Vertrag von Maastricht verankerten Konvergenzkriterien. Der Schuldenstand eines Staates durfte demnach nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Die Obergrenze für das jährliche Haushaltsdefizit lag bei drei Prozent des BIP. Schäuble rechnete für das Jahr 2010 mit einem Defizit in Höhe von fünf bis sechs Prozent. Er wurde jedoch nicht müde zu betonen, dass die Maastricht-Kriterien nicht nur ökonomische Kennziffern waren. Sie waren Teil eines Versprechens, das alle Verantwortlichen in Deutschland den Menschen bei Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hatten.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres leitete die Europäische Kommission aufgrund der »nicht korrekten statistischen Daten«, die Athen mit voller Absicht über Jahre nach Brüssel gemeldet hatte, ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland ein.² Um fortan jede weitere Statistikfälschung auszuschließen, sollten in Zukunft die Aufsichtsbefugnisse der europäischen Statistikbehörde *Eurostat* gestärkt werden. Auf dem ECOFIN vom 19. Januar 2010 versprach Papakonstantinou seinen Kollegen, »eine rasche und umfassende Lösung der Probleme herbeiführen zu wollen« und berichtete über erste ergriffene Maßnahmen.³ Anfang Februar präsentierte die griechische Regierung ein Sparprogramm. Bis 2012 sollte das Defizit wieder unter drei Prozent des griechischen BIP gedrückt werden.

Von Griechenland-Krise war damals noch keine Rede. In Deutschland gingen die Uhren anders. Hier hatte ein kurzes Zittern um die eigenen Ersparnisse noch mithilfe eines gemeinsamen Versprechens von Kanzlerin und Finanzminister beendet werden können. Keiner rechnete damit, dass das griechische Defizit einmal zum Problem der Deutschen werden würde. Man empörte sich über die Griechen, man lachte über sie, hielt ihr Defizit letztlich aber für belanglos.

Am 5./6. Februar 2010 fand in Kanada das G7-Finanzministertreffen statt. Im Vorfeld hatte Schäuble in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Thema Griechenland gesagt:

»Alle unsere Partner außerhalb der Eurozone haben schon den festen Eindruck, dass die Europäer diese Probleme lösen und damit umgehen können. Dabei ist klar, das ist Sache der Europäer. Wir haben übereinstimmend abgelehnt, interne Probleme zu diskutieren. Wir diskutieren in der G 7 ja auch nicht die Finanzprobleme des Staates Kalifornien. Es gibt auch gar keinen Zweifel, dass Griechenland keine Frage des Internationalen Währungsfonds ist.«⁴

Schäuble hoffte auf die Selbstheilungskräfte Griechenlands. Keinesfalls wollte er den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit der griechischen Schuldenkrise betrauen. Unter allen Umständen sollte der Eindruck vermieden werden, die Europäer misstrauten ihrer eigenen Währung. Das war ein großer Fehler. Die USA haben beim Währungsfonds zwar mit 17,67 Prozent den größten Kapitalanteil, der Anteil der Euro-Mitgliedstaaten zusammen lag aber im März 2010 bei 23,12 Prozent. Auf die gesamte EU entfielen damals 31,87 Prozent. Sowohl die USA als auch die Euro-Länder gemeinsam verfügen im Währungsfonds über eine Sperrminorität. Der IWF kann mitnichten als US-Einrichtung bezeichnet werden.

Wäre Griechenland damals in die Hände des IWF gegeben worden, hätte das den deutschen Steuerzahler viele Milliarden Euro erspart. Ich hatte dazu schon frühzeitig ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben. Dort hieß es:

»Ein IWF-Kredit für Griechenland hätte [...] insbesondere den Vorteil, dass der IWF seine Hilfen unter sehr strengen Bedingungen vergeben kann. Entsprechende Auflagen durch die EU würden dagegen nur den ›Zorn auf Europa schüren[.]«⁵

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sah in Griechenland einen klaren Fall für den IWF. Dem vorgeschobenen Hauptargument der Gegner einer Heranziehung des Internationalen Währungsfonds, der IWF bedrohe die Unabhängigkeit der EZB, hielt das IW entgegen, dass

der IWF problemlos auf geldpolitische Auflagen verzichten könnte. Die Vorteile einer IWF-Beteiligung überwogen klar:

»Weil der Fonds wegen seiner strikten Bedingungen gefürchtet wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Staaten sich an seine Vorgaben halten. Mehr noch: Die Länder dürften aus Respekt vor dem IWF schon im Vorfeld ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen – und somit den Geist der No-Bailout-Klausel bewahren und den Vorgaben des Stabilitätspakts folgen. Der vermeintlich große Nachteil der IWF-Hilfe liegt im Eingeständnis der Europäischen Währungsunion, mit den internen Problemen nicht selbst fertig zu werden. Allerdings sollte die Eurozone angesichts recht erfolgreicher erster zehn Jahre mehr Selbstbewusstsein zeigen.«⁶

Am 9. Februar 2010 war Griechenland erstmals Thema in unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzung. Im »Bericht des Vorsitzenden« hieß es zur aktuellen Entwicklung in einigen südeuropäischen Eurostaaten:

»Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. [...] Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. [...] Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.«⁷

In der Fraktionssitzung wurden kraftvolle Reden geschwungen. Auf gar keinen Fall werde man für die Schulden der Griechen aufkommen. Und dennoch berichtete die *Financial Times Deutschland* am Tag darauf auf der Titelseite unter der Überschrift »Berlin trägt Euros nach Athen«:

»Die Bundesregierung bereitet ein Hilfspaket für Griechenland vor. Wie die *FTD* aus Koalitionskreisen in Berlin erfuhr, sind im Kampf gegen die Schuldenkrise des Landes sowohl bilaterale Hilfen als auch ein international abgestimmtes Vorgehen auf EU-Ebene im Gespräch. Über Details will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) heute die Spitze der Unionsfraktion informieren. [...] In Berlin diskutiert wird unter anderem der Vorschlag, dass Deutschland und andere europäische Staaten Geld zu günstigen Bedingungen

am Kapitalmarkt leihen und dann gegen einen Aufschlag an Griechenland weiterreichen. In EU-Kreisen wird befürchtet, dass das Land im Frühjahr bei der nächsten fälligen größeren Umschuldung Probleme haben könnte, sich Geld zu beschaffen.

Der Vizefraktionschef der CDU/CSU im Bundestag, Michael Meister, bestätigte die Vorbereitungen für ein Hilfspaket. »Oberste Priorität für die Union hat ein stabiler Euro«, sagte Meister der *FTD*. Es gebe aber keinen Automatismus. »Wenn Griechenland Hilfen erhält, dann nur unter strengen Auflagen, und wenn die griechische Regierung den Staat tief greifend reformiert.«⁸

»Eventuelle Finanzhilfen für Griechenland« standen an diesem Tag auch auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Die Unterrichtung übernahm Steffen Kampeter, der erst seit Kurzem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen war. In der zurückliegenden Legislaturperiode war er selbst noch haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU gewesen. Ich schätzte Steffen sehr. Er war geradeheraus und bot jedem die Stirn. Bei ihm wurden die »Minister zu Sextanern«, wie einmal der *Rheinische Merkur* in einer Reportage über den Haushaltsausschuss titelte.⁹ Er versinnbildlichte den Habitus eines Haushälters, der nicht kleinbeigab, auch wenn der Druck aus den Ministerien nach mehr Geld noch so groß war. Natürlich war er letztlich konsensorientiert, aber nicht harmoniesüchtig. Das konnte auch schon mal dazu führen, dass er einen eigenen Mitarbeiter ordentlich vor versammelter Mannschaft zusammenstauchte oder einen Praktikanten als Blitzableiter missbrauchte. Mit dieser Facette seines Charakters war Kampeter im Finanzministerium nicht allein. Schäubles Pressesprecher wurde später eine kleine Berühmtheit, weil der Minister ihn vor der versammelten Hauptstadtpresse demütigte. Es gibt dazu im Internet mehrere Videos, die sich perfekt für eine Charakterstudie eignen. Kampeters Nachfolger als haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde mit Norbert Barthle der seitherige Obmann.

Im Haushaltsausschuss fasste Kampeter noch einmal die Ergebnisse des vorausgegangenen ECOFIN zusammen und gab einen Ausblick. Die Zuspitzung der Krise sei das Werk von Spekulanten, wobei die Ursache natürlich in der griechischen Schuldenorgie zu suchen sei. Griechenland trage demnach auch die Hauptverantwortung für die Wiedererlangung der

Stabilität der Märkte. Nachdem Kampeter den Hinweis nachschob, dass es im europäischen Recht keinen Herauskauf-Mechanismus bei Währungsturbulenzen gebe, hörte ich kurzzeitig auf, darüber nachzudenken, wer neben Griechenland selbst noch Verantwortung übernehmen sollte. Kampeter hatte wohl gerade einen bevorstehenden Schuldenschnitt angedeutet. Damit die Gläubiger aber nicht vor einem solchen *Haircut* das sinkende Schiff verließen, musste der Ball flach gehalten werden.

Und gleichwohl ließ Kampeter plötzlich durchblicken, dass Finanzhilfen für Griechenland doch im Bereich des Möglichen lägen. Die Bundesregierung strebe bei dem Thema keine aktive Rolle an. Wenn aber der Europäische Rat zu dem Schluss komme, dass Griechenland geholfen werden sollte, müsste man sich überlegen, wie solche Hilfsmaßnahmen auszugestalten seien. Die Bundesregierung zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass es nicht so weit kommen würde. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Otto Fricke, hatte da bereits »Widerstand gegen direkte deutsche Hilfen« angekündigt.¹⁰ Die Presse überschlug sich am nächsten Tag mit Spekulationen:

»Deutschland und Frankreich bereiten offenbar eine groß angelegte Hilfsaktion vor, um Griechenland vor dem Staatsbankrott zu bewahren. [...] »Wir können Griechenland nicht fallen lassen«, zitierte *Le Monde* einen namentlich nicht genannten Vertrauten Sarkozys.«¹¹

»Am Mittwoch machten Gerüchte die Runde, dass Deutschland plane, dem verschuldeten Griechenland unter die Arme zu greifen. Die Bundesregierung weist diese Spekulationen zurück. Klarheit dürfte der EU-Gipfel am Donnerstag bringen.«¹²

Die Presse hatte den richtigen Riecher. Am 11. Februar 2010 wurde auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Büchse der Pandora geöffnet. In der Erklärung zum Ratsgipfel hieß es:

»Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets werden im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert handeln, um die Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu wahren. Die griechische Regierung hat keinerlei finanzielle Unterstützung beantragt.«¹³

Der 11. Februar 2010 war einer der verhängnisvollsten Tage unserer jüngeren Geschichte. An diesem Tag brachen die Staats- und Regierungschefs gemeinschaftlich europäisches Recht. Im *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union* (AEUV) war in Artikel 125 die No-Bailout-Klausel verankert: Jede Übernahme von Schulden eines EU-Mitgliedstaates seitens der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten war klar verboten.

Am 13. Februar 2010 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* ein großes Interview mit Schäuble. Auf die Frage, wie er den deutschen Steuerzahlern erklären wolle, dass diese für die Schulden eines anderen Staates aufkommen sollten, antwortete der Finanzminister:

»Das sollen sie gar nicht. Die Solidarität, auf die Griechenland einen Anspruch hat, wird die EU leisten. Sie besteht in allererster Linie darin, dass wir helfen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer soliden Finanzpolitik zu überzeugen. [...] Griechenland muss sich selbst helfen. Darin wollen wir Griechenland unterstützen.«¹⁴

Die Debatte in Deutschland beruhigte sich in diesen Tagen tatsächlich. Das lag aber daran, dass am 11. Februar mit der Weiberfastnacht die Karnevalshochphase begann. Seit jeher hatten an diesem Tag die Mitarbeiter in einem Ministerium mit Bonner Amtssitz dienstfrei. Auch die Sitzungswoche im Bundestag war um zwei Tage verkürzt worden, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich auf den jeweiligen Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen blicken zu lassen. Damit fielen die Kerndebattentage Donnerstag und Freitag aus. Das bedeutete: Keine *Aktuelle Stunde*, keine Debatte im Nachgang des Treffens des Europäischen Rates. Die Fastnachtswoche war traditionell sitzungsfrei. Der wichtige ECOFIN vom 16. Februar 2010 wurde von den deutschlandweiten Festumzügen, Heringessen und politischen Aschermittwochsveranstaltungen überlagert. Aus heutiger Sicht war das fatal, aus der Zeit heraus unbedenklich.

Die Zeichen standen auf Entwarnung. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte der einflussreiche luxemburgische Premierminister und Eurogruppen-Chef, Jean-Claude Juncker, am 16. Februar 2010:

»Griechenland muss wissen, dass die deutschen, die belgischen, die niederländischen, die luxemburgischen Steuerzahler nicht bereit sind, die Fehlleistungen der griechischen Haushaltspolitik zu begleichen.«⁵

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, stieß einen Tag später ins gleiche Horn:

»Ich glaube, das ist jetzt in der Verantwortung Griechenlands. [...] Alles andere wäre falsch und würde eine Solidarität erfordern, die die Eurozone aus rechtlichen Gründen, aber auch aus verfassungsrechtlichen Gründen etwa von deutscher Seite her nicht leisten kann.«⁶

Die nächste Sitzungswoche begann erst am 22. Februar. An diesem Tag übersandte uns das Bundesfinanzministerium eine nichtssagende Unterrichtung zum ECOFIN. Interessanter war die Anlage, die einen Bericht des Ministeriums an den Finanzausschuss über »Griechenland und die Zukunft des Euros« beinhaltete. Dort hieß es: »Griechenland erbittet keine finanzielle Unterstützung. Die Frage von Hilfen stellt sich damit nicht.« Auch die Medienspekulationen, »wonach große Banken [gemeint war u. a. ausdrücklich die US-Investmentbank Goldman Sachs, Anm. d. Verf.] Griechenland in der Vergangenheit bei der Verschleierung seiner wachsenden Verschuldung geholfen haben sollen«, wurden kurz angerissen. Griechenland sei gebeten worden, bis Ende des Monats zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.⁷

Am 25. Februar 2010 stand eine mündliche Unterrichtung der Bundesregierung über die »Stabilisierungsmaßnahmen für Griechenland und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt« auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. In der vorausgegangenen Sitzung hatten wir eigentlich darum gebeten, dass Schäuble in den Ausschuss kommt, doch der Minister lag im Krankenhaus. Kampeter war auch krank. Nachdem wir den Vorschlag eines Mitarbeiters aus dem Bundesfinanzministerium, die mündliche Unterrichtung auf die nächste Sitzung am 3. März zu vertagen, abgelehnt hatten, gab uns schließlich der Abteilungsleiter Europa Auskunft über den Stand der Dinge. Spürbar war dessen Befürchtung, eine politisch unkluge Aussage zu treffen. Und doch ließ er anklingen, dass das von der griechischen Regierung erst

vor wenigen Wochen angekündigte Sparpaket nicht ausreichen würde, um die veranschlagten Defizitziele zu erreichen. Die wirtschaftliche Lage Griechenlands sei noch schlechter als angenommen. Außerdem halte die Bundesregierung die von Athen erhofften Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung für illusorisch. Kommission und EZB schätzten die Situation ähnlich schlecht ein. Dennoch sei auf dem Rat keine öffentliche Debatte über tatsächliche oder vermeintliche Hilfen geführt worden; weder dort noch beim ECOFIN habe Athen seine europäischen Partner um Hilfen gebeten. Die Bundesregierung arbeite weiter daran, dass dies auch so bleibe. Im Hinblick auf andere Schuldenstaaten, die mittlerweile unter dem phonetisch zweideutigen Kürzel PIGS (= Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) firmierten, was der Regierungsvertreter ausdrücklich bedauerte, gab es nur halbe Entwarnung. Zwar sei die Situation Griechenlands singulär, aber auch Irland habe massive finanzpolitische Herausforderungen zu bewältigen. Sobald sich ein neuer Sachstand ergebe, werde man das Parlament in Kenntnis setzen.

Es gab offensichtlich eine regierungsinterne Sprachregelung. Egal von wem, in welchem Format, ob schriftlich oder mündlich, es wurde immer nach gleichem Muster geantwortet. Dafür kommen natürlich mehrere Gründe in Frage. Einerseits wollte die Bundesregierung den Druck auf Athen aufrechterhalten. Die griechische Regierung hätte sich ansonsten wahrscheinlich sogar das Vorgaukeln von Reformen erspart. Andererseits erhöhte jede Debatte um einen möglichen Bankrott Griechenlands die Zinsen für die Kredite, die das Land dringend benötigte.

Nach der unergiebigsten ersten Fragerunde meldete ich mich zu Wort. Als Obmann meiner Fraktion pflichtete ich erst einmal unserem Sprecher bei. Griechenland habe sich nicht nur den Eintritt in die Währungsunion erschlichen, sondern auch danach Jahr für Jahr seine Partner mit falschen Zahlen belogen, daher müsse über ein Ausscheiden des Landes aus der Eurozone nachgedacht werden. Ich verlangte vom Ministerium Auskunft, inwiefern sich der IWF an der Bewältigung der griechischen Staatsschuldenkrise beteiligte. Das bloße Einbringen von Expertise reichte mir nicht. Die EU sollte tunlichst die Finger davon lassen, Griechenland Geld zu leihen – in welcher Form auch immer, forderte ich eindringlich.

Mein Kollege Georg Schirmbeck sprang mir bei. Die griechische Schuldenkrise sei durchaus mit einer Rückkehr zur Drachme und einer Abwertung der neuen Währung lösbar. Was in Griechenland passiere, sei alles nicht neu. Die Unregelmäßigkeiten seien immer bekannt gewesen. Das werde sich auch in Zukunft trotz aller Beteuerungen nicht ändern. Und dass die nun vorgelegten Zahlen der Wahrheit entsprächen, zog Schirmbeck stark in Zweifel.

Die Fragen wurden im Block beantwortet. Die Bundesregierung sprach sich gegen ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone aus. Der EU-Vertrag sehe einen solchen Fall nicht vor – schon gar nicht gegen den Willen des betroffenen Staates. Mein Ansatz einer flexiblen Währungsunion würde den Charakter der Eurozone völlig verändern. Da Griechenland wie alle anderen Euro-Staaten IWF-Mitglied sei, könne Athen den Währungsfonds natürlich um Finanzhilfen bitten. Hierzu lägen der Bundesregierung aber keine Informationen vor. Dass der Finanzminister das nicht wollte, sei aber kein Geheimnis.

Es meldete sich dann noch der SPD-Haushälter Klaus Hagemann mit dem Hinweis zu Wort, dass sich der Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union am darauffolgenden Tag mit derselben Thematik beschäftigen würde. Dankbar ging der Ausschuss zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Die Zeit im Haushaltsausschuss war knapp bemessen. Die Haushaltsberatungen liefen immer noch. Die veranschlagten Ausgaben jedes Ministeriums mussten bis ins kleinste Detail durchgearbeitet werden. Da bot es sich natürlich an, die Befassung mit der griechischen Schuldenkrise in den Unterausschuss abzuschieben. Der Umgang mit EU-Vorlagen im Deutschen Bundestag ist ohnehin sehr dilatorisch. Sie werden in aller Regel ohne Aussprache in den Ausschüssen zur Kenntnis genommen. In vielen Fällen liest sich die Dokumente kein Abgeordneter richtig durch. Man verlässt sich darauf, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene die Interessen Deutschlands wahrt.

Am 3. März 2010 titelte die *Süddeutsche Zeitung*: »Schäuble [...] lehnt Hilfen für Griechenland ab«. Im dazugehörigen Interview antwortete der Finanzminister auf die Frage, ob »Deutschland den Griechen nicht hilft?«:

»Griechenland hat keine finanzielle Unterstützung erbeten. Die Frage konkreter Hilfen stellt sich deshalb nicht. Griechenland steht in der Pflicht, seine Haushalts- und Finanzpolitik auf einen soliden Pfad zu bringen und niemand kann den Griechen diese Aufgabe abnehmen. Die griechische Regierung hat nun bis zum 16. März Zeit, ihre zusätzlichen Anstrengungen überzeugend zu dokumentieren. Dann wird vonseiten der Europäischen Kommission und des Ministerrates über mögliche weitere Schritte im Defizitverfahren zu entscheiden sein.«⁸

Auch der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger stärkte die Abwehrfront gegen den Griff Athens in die deutsche Steuerkasse:

»Griechenland muss wissen, es muss sich jetzt selbst helfen und nicht Hilfe von Brüssel erwarten. [...] Nachgedacht wird viel, sie [die Griechen, Anm. d. Verf.] wissen ganz genau, was die kriegen können, was sie sich zumuten können, was sie an Mehreinnahmen schaffen können durch Steuererhöhungen, was sie an Ausgaben senken können, und ich glaube, die Verantwortung liegt noch immer in Athen. Die Regierung muss erst einmal die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen herstellen, dann kann man über einiges reden.«⁹

Beide Zitate geben im Rückblick eindeutige Hinweise auf einen bevorstehenden Bailout, wurden damals aber eher entwarnend gewertet. Der Haushaltsausschuss tagte am 3. März das letzte Mal vor der berüchtigten Bereinigungssitzung. Als letzter Tagesordnungspunkt stand die Beratung der EU-Vorlagen aufgrund der Ergebnisse der Sitzung des Unterausschusses auf der Tagesordnung. Wie intensiv die Beratungen dort waren, kann ich nicht sagen, jedenfalls wurde dem Haushaltsausschuss die Kenntnisnahme der Dokumente empfohlen. Das war dann die Steilvorlage, das ganze Paket EU-Vorlagen ohne Aussprache durchzuwinken. Der Vorsitzende des Unterausschusses kündigte an, dass er Griechenland für die übernächsten Sitzung am 24. März 2010 wieder auf die Tagesordnung setzen lasse. Damals war wohlgemerkt der 3. März. Aber wozu sollte man sich neben den Haushaltsberatungen noch künstlich Stress machen, wenn am 4. März Kampeter im Radio sagte:

»Die Griechen werden ihre Probleme selber lösen und brauchen dazu keine Ratschläge aus der Bundesrepublik und aus der Bundesregierung schon gar nicht.«²⁰

Die Grünen wollten von der Bundesregierung ein schriftliches und öffentliches Bekenntnis und hatten bereits im Februar 2010 eine Kleine Anfrage gestellt.²¹ In ihrer Antwort vom 4. März 2010 schloss die Bundesregierung Finanzhilfen an Griechenland aus. Insgesamt hatten die Grünen der Regierung 43 Fragen vorgelegt. Die Fragen nach möglichen »bilateralen und internationalen Stützungsmaßnahmen«, einem »Plan B« und IWF-Krediten sowie »vorgezogenen Auszahlungen aus dem Kohäsionsfonds« wurden zusammenfassend beantwortet:

»Die Bundesregierung geht fest davon aus, dass Griechenland mit seinem europäisch abgestimmten strikten Konsolidierungskurs das Vertrauen der Finanzmärkte stärken wird. Griechenland erbittet keine finanzielle Unterstützung und hat dies beim ECOFIN-Rat am 16. Februar 2010 erneut bekräftigt. Die Frage von Hilfen stellt sich damit nicht.«²²

Auch hielt die Bundesregierung an der No-Bailout-Klausel fest. Hierzu hieß es kurz und knapp: »Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, Artikel 125 AEUV zu ändern.«²³

Am 5. März besuchte der griechische Premierminister Papandreou Berlin. Bereits im Vorfeld verlautbarte der griechische Vize-Außenminister Dimitris Droutsas im Deutschlandfunk, dass Papandreou nicht auf Beteltour sei:

»Das darf ich klarstellen. Griechenland, die griechische Regierung hat zu keiner Zeit von seinen EU-Partnern direkte finanzielle Unterstützung verlangt. Dies ist nicht nötig, dies braucht Griechenland nicht. Wir können, wir wollen aus eigener Kraft unseren Staatshaushalt wieder sanieren.«²⁴

Zum Abschluss ihrer Gespräche gaben Merkel und Papandreou eine gemeinsame Pressekonferenz. Ein Journalist fragte die Kanzlerin:

»Frau Bundeskanzlerin, habe ich Sie so richtig verstanden: Bei aller erklärten Solidarität und auch ein bisschen Sympathie mit Griechenland ist es so, dass Deutschland nicht bereit sein wird, direkte Finanzhilfe zu leisten, weder bilateral noch in einem europäischen Rahmen abgestimmt, selbst wenn es Griechenland nicht gelingen sollte, im April seine Schulden

umzuschulden und auf dem privaten Kapitalmarkt die entsprechenden Mittel zusammenzubekommen?»²⁵

Merkel gab zur Antwort:

»Sie haben mich richtig verstanden, wenn wir uns an dem Satz festhalten, dass Griechenland nicht um finanzielle Unterstützung gebeten hat, dass die Stabilität des Euroraums am heutigen Tag gegeben ist und dass sich deshalb diese Frage absolut nicht stellt. Sie wissen ja auch aus anderen Pressekonferenzen, dass wir nicht für die nächsten zehn Jahre alle denkbaren Fälle voraussehen können. Die Frage stellt sich nicht und wir arbeiten daran, dass sie sich nicht stellen wird. Ich bin sogar optimistisch, dass sie sich auch nicht stellen wird.«²⁶

Diese Deutlichkeit überraschte die anwesenden Journalisten. Sofort kam eine Nachfrage:

»Weshalb hat aber die deutsche Regierung lange Zeit hindurch den Eindruck gepflegt, die Griechen wollten den Deutschen sozusagen das Geld aus der Tasche ziehen? Ich denke dabei auch an den deutschen Abgeordneten, der sich sehr sonderbar geäußert hat und Vorschläge gemacht hat, wie wir das Defizit durch den Verkauf von Staatsvermögen abbauen könnten.«²⁷

Merkel gab zur Antwort:

»Ich kenne kein Mitglied der deutschen Regierung – das ist mir auch sehr wichtig –, das irgendwelche Vorwürfe oder irgendwelche Bemerkungen gegenüber Griechenland gemacht hätte. Wenn es das gäbe, dann würde ich sagen, dass das nicht meine Sichtweise ist. Niemand in der deutschen Regierung hat das gemacht. (Es mag sein,) dass es einen Abgeordneten gab, der etwas gesagt hat, womit ich auch nicht übereinstimme.«²⁸

Der besagte Abgeordnete war mein Kollege Frank Schäffler von der FDP, der in der *BILD* vom 4. März gefordert hatte:

»Die Kanzlerin darf keinen Rechtsbruch begehen, darf Griechenland keine Hilfen versprechen. Der griechische Staat muss sich radikal von Beteiligungen an Firmen trennen und auch Grundbesitz, z. B. unbewohnte Inseln, verkaufen.«²⁹

Die *BILD* machte daraus in bester Boulevardmanier die Überschrift: »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!« Der Vorschlag meines später engsten Mitstreiters hatte offensichtlich das Missfallen der Kanzlerin gefunden. Allerdings ist es aber das Normalste auf der Welt, dass man erst einmal alle eigenen Reserven mobilisiert, quasi alles zusammenkratzt, bevor man einem Unbeteiligten an den Spargroschen will.

Natürlich hatte Merkel Recht, wenn sie ablehnte, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen und Voraussagen für zehn Jahre zu treffen. An der No-Bailout-Klausel rüttelte die Bundeskanzlerin nicht. Das war national und international ein wichtiges Signal. Wahrscheinlich hatte ihr die Aussage von Schäffler sogar geholfen, denn so hatte Papandreou gleich Gewissheit, dass es in Deutschland härtere Hunde als die charmante *Madame No* gab, wie Merkel damals noch respektvoll genannt wurde. Wir Haushälter konnten scheinbar beruhigt in die anstehende sitzungsfreie Woche gehen.

Danach stand die Verabschiedung des Haushalts im Plenum an. In diesen Haushaltswochen finden keine regulären Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen statt. Der Haushalt des Bundesministeriums der Finanzen wurde am 16. März 2010 gelesen. Dabei ging Schäuble auch auf Griechenland ein:

»Weil sich in diesen Tagen die Spekulationen wieder und wieder gegen den Euro richten, was den Europäischen Rat am 11. Februar in Brüssel sehr beschäftigt hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, im Zusammenhang mit Griechenland ein paar Sätze zu einer Gerüchtelandschaft zu sagen, die ganz offensichtlich gezielt in Mitgliedstaaten – auch in Brüssel, das sage ich mit großer Klarheit – geschürt wird. Es bleibt dabei: Griechenland hat nicht um Hilfe nachgefragt. Deswegen gibt es darüber keine Entscheidung, und es ist auch keine Entscheidung getroffen worden. Es bleibt auch dabei: Wenn eine unmittelbare Zahlungsunfähigkeit bevorstehen würde, dann müssten wir – das ist klar – im Falle einer unmittelbar bevorstehenden Notsituation darauf reagieren, wie es der Europäische Rat gesagt hat. Er hat am 11. Februar entschieden: Die Mitgliedstaaten der Eurozone werden, wenn notwendig, entschlossene und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle

Stabilität der Euro-Area als Ganzes sicherzustellen. – Nicht mehr und nicht weniger. Diese Lage ist nicht eingetreten.«³⁰

Über seine Pläne für einen Europäischen Währungsfonds (EWF) schwieg Schäuble. Um den IWF aus der Eurozone herauszuhalten, unterstützte der deutsche Finanzminister zum Erstaunen der europäischen Partner die Schaffung eines eigenen Fonds für die Eurozone. Die Diskussion dazu hatte der damalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, angestoßen.³¹ Schäuble nahm den Vorschlag nun auf, wobei der IWF als Blaupause für den EWF dienen sollte. Wir haben dazu im Bundestag nie auch nur eine einzige Vorlage bekommen.

Am 16. März 2010 trafen sich wieder die Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Union. Bereits im Vorfeld hatte Schäuble angekündigt, dass keine Entscheidung zu Griechenland anstünde. Dafür wollte die Bundesregierung nun selbst in die Offensive gehen und eine Verschärfung des Euro-Regelwerkes auf den Weg bringen, wie Schäuble in der *BILD* ankündigte:

»Intensivere Überwachung, schärfere Sanktionen. Wir dürfen uns nie wieder derart hinters Licht führen lassen. Nur so bleibt der Euro vertrauenswürdig. Dazu gehört auch die Überlegung, was man mit einem Euro-Staat macht, der beharrlich Regeln verletzt. [...] [Auch] deshalb brauchen wir schärfere Regeln, d. h. im äußersten Notfall auch die Möglichkeit, dass ein Land, das seine Finanzen partout nicht in Ordnung bringt, aus dem Euro-Verbund ausscheidet. Eine solche Aussicht allein sorgt schon für eine ganz andere Disziplin. [...] Wir wollen alle überzeugen. Das ist sicherlich mühsam und wird dauern. Aber wir müssen jetzt damit anfangen. [...] Angela Merkel und ich sind voll auf einer Linie. Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Stabilität des Euro.«³²

Auf dem ECOFIN wurde Griechenland ins Hausaufgabenbuch geschrieben, ab 2012 wieder die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Erreicht werden sollte dies »durch strukturelle Abbauschritte von mindestens 3,5 % des BIP jeweils für 2010 und 2011 bzw. 2,5 % des BIP für 2012.«³³ Und gleich zu Beginn gab es auch schon ein großes Lob für den vermeintlich fleißigen Schüler: »Der ECOFIN-Rat stellte fest, dass Griechenland sein Stabilitätsprogramm in angemessener Weise umsetzt.«³⁴ Auch wurden

die zusätzlich von der griechischen Regierung ergriffenen Maßnahmen begrüßt. Es wurde festgestellt, »dass die angekündigten Maßnahmen ausreichen müssten, um das Defizitziel von 2010 von 8,7 % des BIP sicherzustellen.«³⁵ Nicht nur aus heutiger Sicht erscheint die Prognose des geballten wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverständes der Europäischen Union abenteuerlich.

Aber (noch) war es nicht unser Problem. Ich vertraute auf Merkel, die Papandreou höchstpersönlich eine Absage erteilt hatte. Dass es in der Sache Differenzen zwischen der Kanzlerin und ihrem Finanzminister gab, konnte inzwischen nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Die *Welt* wollte demzufolge in einem Interview vom Finanzminister wissen, ob er und die Kanzlerin ein »generell unterschiedliches Verständnis über den Zusammenhalt innerhalb der EU« hätten. Schäuble stritt dies ab:

»Da trägt Sie wohl Ihr Gefühl. Die Bundeskanzlerin und ich sind beide überzeugte Europäer. Wir beide wollen einen starken Zusammenhalt innerhalb der EU. Dass Angela Merkel und ich manchmal in Nuancen unterschiedlicher Auffassung darüber sind, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und dies auch öffentlich äußern, ist nichts Verwerfliches. Angela Merkmals Stärke beruht darin, dass sie diese Unterschiede zu schätzen weiß. Deshalb hat sie mir das Amt des Bundesfinanzministers auch angetragen.«³⁶

Rückenwind bekamen die Gegner von Finanzhilfen von der Wissenschaft. Das Centrum für Europäische Politik (cep) legte im März 2010 die Studie: »Keinen Euro nach Athen tragen. Warum ein Bailout Griechenlands ökonomisch abzulehnen und juristisch unzulässig ist.« vor. In den Leitsätzen hieß es gleich zu Beginn:

»Aus währungsökonomischer Sicht ist ein von Euro-Mitgliedstaaten getragener Bailout strikt abzulehnen. Ein solcher Bailout ist mit enormen Kosten für die Glaubwürdigkeit des Euroraums verbunden und kann die fundamentalen Probleme ohnehin nicht lösen. Er schwächt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und erschwert damit die Glaubwürdigkeit einer auf Geldwertstabilität ausgerichteten Geldpolitik. [...] Dort, wo Schulden geteilt werden, sinkt die Eigenverantwortung. Das Ergebnis sind höhere, nicht niedrigere Schulden.«³⁷